

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/157

Bonn, den 19. August 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Bonn und die Atomwaffen

41

Eine endgültige und formelle Entscheidung ist fällig

2

Bayerische Verfassungskämpfe

55

Viel Ärger für Regierung Goppel kurz vor der Landtagewahl

3

Kampf gegen Medikamentenmißbrauch

57

UNO-Rauschgiftausschuß fordert strenge Maßnahmen

Von Pierre Simonitsch, Genf

4 - 5

"Fall Mihajlow"

72

Nur Teilproblem der politischen Krise Jugoslawiens

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

+ + +

## Bonn und die Atomwaffen

-----

Eine endgültige und formelle Entscheidung ist fällig

sp - Es wird immer deutlicher, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von der Bundesrepublik Deutschland bald eine unverklausulierte Verzichtserklärung zur Frage des Besitzes und der unmittelbaren Beteiligung an Atomwaffen erwartet. Bereits vor einigen Wochen war bei Beratungen des im Dezember vergangenen Jahres gegründeten Mo-Namara-Ausschusses davon die Rede. Washington will natürlich vermeiden, daß sich die Bundesrepublik "diskriminiert" fühlen könnte; andererseits wissen die Amerikaner sehr gut, daß alle Verhandlungen der UNO-Abrüstungskonferenz in Genf blockiert bleiben, solange ein eventueller deutscher Mißbesitz an Atomwaffen nicht endgültig formell und - durch einen Vertrag sanktioniert - von Bonn abgelehnt wird.

Natürlich muß man die Problematik einer alle westlichen Bündnispartner umfassenden atomaren Verteidigung im Zusammenhang mit den von den Sowjets und Amerikanern gleichermaßen angestrebten Entspannungsbewegungen in Europa sehen. Es geht also nicht um die Frage, ob die Bundeswehr etwas mehr oder etwas weniger Kampfkraft hat - die Amerikaner stehen in jedem Fall zu ihrer Verteidigungspflicht, falls die Bundesrepublik angegriffen werden sollte - sondern vielmehr um die Überlegung, ob Bonn bereit ist, von sich aus einen Beitrag zur Entkräftung der militärischen Blockpolitik zu leisten.

Es bleibt zunächst das Geheimnis der Bundesregierung, wie sie sich zu entscheiden gedenkt. Zugegeben, eine solche Entscheidung ist in der gegenwärtigen Situation deswegen besonders schwer, weil im Kabinett Erhard die Meinungen darüber geteilt sind. Der Bundeskanzler selbst ist schwankend, der Verteidigungsminister ist in seiner Ausdruckweise nicht immer sehr klar und der Außenminister hält sich vorläufig noch zurück.

Dieses Verhalten der Bundesregierung blockiert aber nicht nur die Abrüstungsverhandlungen in Genf, sondern auch die deklarierten deutschen Absichten in Richtung auf eine "bewegliche Ostpolitik". Aus jüngsten Berichten wissen wir, daß in den meisten kommunistisch regierten Ostblockländern die Furcht vor einer atomar bewaffneten Bundeswehr manchen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Weg verbaut, den die Bundesrepublik gehen könnte und müßte.

Ende September will Bundeskanzler Erhard den amerikanischen Präsidenten Johnson treffen. Öffentlich weiß der Bundeskanzler bis dahin, was er seinem Gesprächspartner sagen kann. Es wäre nicht gut für die Position der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik, wenn Erhard wieder einmal nicht mehr zu sagen hätte, als: "Ich bin mit meinem Gesprächspartner im Grundsatz einig."

### Bayerische Verfassungskämpfe

Rw - Als wenig beschaulich erweist sich die große Ferienpause 1966 auch für die bayerischen Landespolitiker. Nicht nur Gewitter und Hochwasser zwischen dem Hochland und der Donau, auch ein auf seine Unabhängigkeit bedachter Verfassungsgerichtshof scheuchten die auf Wohl und Weh des bayerischen Landes bedachten Mannen auf. In kurzer Folge von knapp drei Tagen fällte das bayerische Verfassungsgericht Entscheidungen, die der Regierung bescheinigten, daß sie die bayerische Verfassung nicht kennt oder zumindest nicht beachtet.

Die erste Entscheidung veranlaßte der Volksschulrektor H. Lang, der sich darüber beschwert hatte, daß das Kultusministerium Schulratsstellen nach konfessionellen Gesichtspunkten ausschrieb. Das Ministerium war der Ansicht gewesen, in den Schulaufsichtsbezirken Würzburg I und II seien die katholischen Bekenntnisschulen in der Mehrheit. Daher müßte der zu ernennende Schulrat auch katholisch sein. Es entspricht dem Geiste nach der auch seit Jahr und Tag im Ministerium vertretener Ansicht, Lehramtskandidaten müßten getrennt nach Konfessionen Leibesübungen machen und schwimmen. Das Verfassungsgericht war anderer Auffassung. Es entschied, die konfessionelle Bindung sei nur für die Lehrpersonen von Bekenntnisschulen aber keinesfalls für die Schulaufsicht, die sich auf Bekenntnis- und Gemeinschaftsschulen erstreckt, anwendbar. Die Schulratsstelle in Würzburg muß mithin neu ausgeschrieben werden. Eine bekannte Münchner Zeitung bemerkte spitz, vielleicht führt das Urteil dazu, die Personalpolitik im bayerischen Unterrichts- und Kultusministerium zu überprüfen...

Kaum war dieser Kommentar veröffentlicht, wurde bekannt, daß Verfassungsgerichtshof habe - auf Antrag von SPD und FDP - das erst vor kurzem verabschiedete Landtagewahlgesetz in einzelnen Teilen für verfassungswidrig erklärt. Das ist für Regierung und Landtagsmehrheit überaus peinlich. Es handelt sich um eine Frage, die von der sozialdemokratischen Opposition bei den Debatten im Landesparlament hinreichend klargestellt worden war. Seit einem Jahrzehnt stimmen nämlich die Bevölkerungszahlen der Stimmkreise (Direktwahlkreise) weder mit den Bestimmungen des Verfassungstextes noch gar mit dem selbstverständlichen Grundsatz überein, daß im verbesserten Verhältniswahlrecht die Stimmen der Wähler natürlich den gleichen Erfolgswert haben sollten. Schließlich entschloß man sich, sehr spät, einiges zu ändern. Aber die CSU-Mehrheit änderte eben nur einiges und nicht alles, was zu ändern war. Das Ergebnis war, daß den starken Veränderungen der Bevölkerungsdichte in vielen Wahlkreisen nicht Rechnung getragen wurde. Ein Direktmandat konnte also beispielsweise in der Oberpfalz in einem Stimmkreis mit etwa 50 000, in anderen dagegen erst mit über 150 000 Stimmen errungen werden. Das hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof nun beanstandet. In vier von den sieben bayerischen Regierungsbezirken muß daher eine neue Einteilung der Stimmkreise vorgenommen werden.

Da im November Landtagswahlen stattfinden und laut Verfassung nicht verschoben werden können, muß die Regierung Goppel sich umgehend damit befassen, eine neue Vorlage zu erarbeiten und sie dem Landtag vorlegen. Die Lage der Regierung bei der Einbringung dieser Vorlage scheint nicht beneidenswert, zumal Eile geboten ist. Die Parteien müssen nämlich unter Umständen auch noch neue Kandidatenwahlen oder gar Berichtigungen der Wahlkreislisten (Wahlkreis-in diesem Fall gleich Regierungsbezirk) vornehmen. Wenn man bei der Beratung des Landeswahlgesetzes auf die SPD, oder nur ganz einfach auf den gesunden Menschenverstand, gehört hätte, würden sich Ministerpräsident Goppel und die CSU manchen Ärger vor Beginn des Landtagwahlkampfes erspart haben.

## Kampf gegen Medikamentenmissbrauch

UNO-Rauschgiftausschuss fordert strenge Massnahmen

Von Pierre Simonitsch, Genf

Strenge Massnahmen gegen Missbrauch von Schlafmitteln, Aufpulverungspillen, Beruhigungsmittel und des berühmten LSD-25 empfiehlt der UNO-Rauschgiftausschuss den Regierungen. Fachleute aus zehn Ländern, darunter aus der Bundesrepublik, sowie zahlreiche Beobachter beschäftigten sich während einer Woche mit diesen Problemen und versuchten, Abhilfe zu schaffen. Die Weltgesundheitsorganisation fördert bereits seit Jahren eine wirksame Reglementierung bestimmter Medikamente, die ein Abhängigkeitsverhältnis verursachen. Die eigens einberufene Konferenz eines Unterausschusses der UNO-Rauschgiftkommission arbeitete nun eine Reihe von Empfehlungen aus, die im Endeffekt auf einer internationalen Kontrolle gewisser Medikamente hinauslaufen:

- \* 1. Schlaf-, Aufpulverungs- und Beruhigungsmittel sollen künftig nur mehr gegen ärztliche Verordnung abgegeben werden, um eine ärztliche Überwachung zu gewährleisten.
- \* 2. Die Fabrikanten und Verteiler sollen zu einer genauen Buchführung gezwungen werden, damit festgestellt werden kann, welche Mengen dieser Medikamente schwarz hergestellt werden.

Die Konferenzteilnehmer unterstrichen die Notwendigkeit eines Informationsaustausches zwischen den einzelnen Ländern. Eine Kontrolle der Ein- und Ausfuhren könnte die internationale Aufsicht verbessern. Die Annahme dieser Empfehlungen durch die Regierungen hätte zur Folge, dass die erwähnten Medikamente praktisch den Rauschgiften gleichgestellt würden. Bereits in der Frühjahrsitzung des UNO-Rauschgiftausschusses war der Vorschlag eingebracht worden, die Aufpulverungsmittel unter die für Rauschgifte übliche Kontrolle zu stellen. Die ebenfalls inkriminierten Schlafmittel wurden 1863 entdeckt und in den letzten 50 Jahren sehr volkstümlich; gegenwärtig sind etwa 2500 Zusammensetzungen im Handel, was eine wirksame Kontrolle nicht gerade erleichtert. Fast ebenso umfangreich ist das Angebot an Beruhigungspillen, die aber alle ihren Effekt auf das Nervenzentrum gemeinsam haben. Manche dieser Mittel machen süchtig, andere nicht, so dass es bisher den Spezialisten der Weltgesundheitsorganisation unmöglich war, eine klare Definierung auszuarbeiten.

"Ein spezielles Kapitel ist das LSD-25", erklärte der Konferenzvorsitzende, der kanadische Delegierte Robert E. Curran. "Das LSD ist kein eigentliches Suchtgift. Aber die Verlockung ist gross, es immer wieder einzunehmen, da es Eindrücke verschafft, welche das Gehirn normalerweise nicht erzeugen kann. Es gibt Leute, die nach dem Schlingen von LSD glauben, sie könnten fliegen, und dann aus dem Fenster springen. Die Zeitungen haben dem Halluzinationsmittel in der letzten Zeit eine breite Publizität geliefert. Der LSD-Missbrauch ist um so bedauerlicher, als er in erster Linie von jungen Menschen begangen wird. Heute existiert ein LSD-Problem bereits in Nordamerika, Grossbritannien und Frankreich, und es ist erfahrungsgemäss anzunehmen, dass sich der Kreis rasch erweitern wird. Nach Ansicht der in Genf versammelten Experten ist dabei keine Abzweigung von LSD von den legalen Bezugsquellen festzustellen. Es wird entweder eingeschmuggelt oder schwarz erzeugt. Ein mittelmässiger Chemiker in einem primitiven Laboratorium kann das Mittel herstellen, zwar nicht in der gleichen Reinheit wie die Keilmittelfirmen, aber gut genug, um die erwünschte Wirkung hervorzurufen. Diese Art der Verbreitung muss unter das Strafgesetz fallen".

"Fall Mihajlow"

Nur Teilproben der politischen Krise Jugoslawiens

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Nicht die Tatsache, dass Mihajlow keinen jener vielen akademischen Titel wirklich besitzt, von denen zahlreiche westliche Zeitungen und zeitweise er selbst sogar sprach, nicht die masslosen Übertreibungen im Westen, die ihn zum Märtyrer, zu einer Freiheitsstatue in Jugoslawien abstempeln wollten, auch natürlich nicht die phantastischen Reaktionen der jugoslawischen Presse, die in ihm schliesslich einen finanzierten Agenten einer "Achse Tirans-Washington" sah - alles das bietet kaum Veranlassung zur Beschäftigung mit dem "Fall Mihajlow", der in Jugoslawien selbst, abgesehen von den Kommunisten in Zadar, nur wenige Menschen bewegt hat.

Gibt es einen Nachfolger für Tito?

Es ist vielmehr die von Mihajlow zeitweise vertretene Zweiparteien-Demokratie, mit der man sich befassen muss, da diese Idee immerhin ernster zu nehmen ist als die Weissagung Mihajlows, der immer noch eingekerkerte Milovan Djilas werde der endgültige Nachfolger Titos sein.

Doch beginnen wir mit der natürlich akuten Nachfolgefrage, denn gibt es nur eine Antwort: es gibt zur Zeit keinen Mann in Jugoslawien, der auch nur die verschiedenen Ansprüche der sechs verschiedenen Republiken befriedigen könnte, ganz zu schweigen vom Unvermögen eines jeden Nachfolgers, das nach Tito entstehende Vakuum voll auszufüllen.

Das Zentralkomitee des "Bundes der Kommunisten" befasst sich daher gerade in diesen Tagen ganz ernsthaft damit, an die Stelle des Partei- und Staatsvorsitzenden zwei je sechsköpfige Kollektive zu setzen, in denen jede jugoslawische Republik durch einen Vertreter repräsentiert werden soll. Im Vorsitze dieser beiden Gremien sollen sich die Nationalitätenvertreter dann, dem bereits verfassungsmässig verankerten Grundsatz der Rotation folgend, gegenseitig abwechseln.

Zu solchen Diskussionen in der höchsten Führungskreisen Jugoslawiens musste es kommen, nachdem man tiefgehende Unterschiede in den Auffassungen über den zukünftigen Weg Jugoslawiens zwischen den Kommunisten der verschiedenen Republiken konstatiert hat.

Serben - Slovenen - Kroaten - Mazedonier - Bosnier - Montenegrier

Edvard Kardelj in Slowenien hat schon vor Jahren zu erkennen gegeben, dass er einer jugoslawischen Annäherung an Moskau noch immer eine Verständigung mit bestimmten Kreisen der westeuropäischen Sozialdemokratie vorzieht - der Sturz von Ranković und die Entmachtung der serbischen Geheimpolizei JDBA ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass von Belgrad aus Päden nach Moskau gezogen wurden, die Tito schliesslich als konspirativ empfinden musste. Während die Montenegriner Befürworter jener orthodoxen Wirtschaftspolitik sind, die ihnen die meisten Vorteile auf dem Gebiet der Investitionspolitik verschaffte, ist der Kroat Dr. Bakarić ein energischer Befürworter dessen, was man im Westen ein wenig nachlässig "Liberalisierung" nennt. Und während die mazedonischen Kommunisten nie einen echten Kontakt zum Volk finden konnten, scheint dem jungen bosnischen Parteichef

M i j a t o w i é gerade hier die Hauptaufgabe zu liegen.

### "Republik - Nationalismus"

Die Unterschiede in den Auffassungen sind also kulturpolitischer wirtschaftlicher, inner- und aussenpolitischer Art und gelegentlich sogar ideologischer Natur, obgleich sich die jugoslawischen Kommunisten noch nie sehr viel um die Ideologie gekümmert haben, was nun natürlich das Eindringen des Republik-Nationalismus in die Partei ausserordentlich begünstigt. Wie die slowenischen Klerikalen vor dem Kriege in erster Linie Slowenen und erst d a n n gute Christen, die kroatischen Bauernparteiern zunächst Kroaten und d a n n erst Interessenvertreter des Landvolks und die serbischen Radikalen nur in ihrem Serbentum radikal waren, so scheint nun auch durch den kommunistischen Firnis der jugoslawischen Einheitspartei der jeweils andere gefärbte lokale Hintergrund hindurch.

Wir haben es in Jugoslawien bereits heute mit einem "Sechs-Parteien-System" zu tun, das durch die gemeinsame Anerkennung gewisser geschaffener Tatsachen genauso stabil ist wie die von allen im westdeutschen Bundestag vertretenen Parteien anerkannte demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

### Wenig Raum für "zweite Partei"

Jeder Versuch, auf gesamtjugoslawischer Ebene eine Opposition gegen die Alleinheerschaft des "Bundes der Kommunisten Jugoslawiens" zu schaffen, muss aus mehreren Gründen fehlschlagen.

So wenig, wie sich die jugoslawischen Kommunisten jetzt auf gemeinsame Wege einigen können, so wenig Chancen hätte auch eine Oppositionspartei, der nationalen Zwietracht zu entgehen. In den einzelnen Republiken aber besteht echter Bedarf nur für eine Partei, da eine Zerplitterung der nationalen Kräfte nur wehrlos macht. Eine "zweite Partei", von der man ohnehin nur in den Wolken reden kann, provozierte einzig und allein die Wiedervereinigung und Radikalisierung der jetzt mit ihren eigenen Problemen befassten jugoslawischen Kommunisten.

### Junge Generation bleibt abwartend

Während in anderen kommunistischen Ländern bei ähnlichen Entwicklungen und Schwierigkeiten innerhalb der herrschenden Staatspartei die junge Generation meist aktiv an den Diskussionen beteiligt ist, kann man dies von Jugoslawien nicht unbedingt sagen. Viele Auseinandersetzungen über den künftigen Weg Jugoslawiens spielen sich fast ausschließlich in den Führungskadern der Partei und anderer gesellschaftlicher Organisationen ab. An der Universität Zadar unterstützen zahlreiche Studenten sogar die "reine marxistische Linie" einiger Professoren und widersetzen sich den Liberalisierungsbestrebungen in der Wirtschaft. Der entscheidende Grund für die Zurückhaltung der Jugend dürfte der Wunsch nach Entdogmatisierung der Politik und der Wille der jungen Generation sein, Jugoslawien bald auf pragmatischem Wege zu einem modernen Industriestaat entwickeln zu können. Diese Zielsetzung der jungen Kommunisten und Nichtkommunisten schließt abstrakte Diskussionen über Theorien der Staatsführung fast aus.